

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **57 (1977-1978)**

Heft 7

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER WESTEN UNTER ANKLAGE

«Wir nahmen von Malaya Kautschuk, von Indien Tee, von überall auf der Welt Rohstoffe, und wir gaben fast nichts zurück.»

Das ist der Schlüsselsatz einer Flugschrift, die eine Gruppe «Dritte Welt» in Cambridge um 1970 herum verfasste. Er kommt der Verkehrung der Wahrheit so nahe wie möglich. Die Engländer brachten nämlich den Kautschuk *nach* Malaya und den Tee *nach* Indien. Weder in Malaya, noch irgendwo sonst in Asien gab es Kautschukbäume (wie es auch der botanische Name *Hevea brasiliensis* zeigt), bis vor ungefähr 100 Jahren die Briten die ersten Kautschuksamen aus dem Amazonasdschungel dorthin brachten, aus denen dann die riesige, heute weitgehend in Asien heimische Kautschukindustrie erwuchs.

Teepflanzen hatten die Engländer schon etwas früher nach Indien gebracht; deren Ursprung geht ebenfalls aus dem botanischen Namen *Camilla sinensis* hervor: China. Und bevor die Goldküste (Ghana) und Nigeria britische Kolonien wurden, wusste man dort nichts von Kakaobäumen; am Ende der Kolonialzeit waren viele Millionen Hektare – gänzlich im Besitz von Afrikanern – mit Kakao bepflanzt.

Charles Clarke, Präsident der britischen Studentengewerkschaft, sagte im Dezember vorigen Jahres: «Mehr als hundert Jahre lang zapfte die englische Industrie Wohlstand aus diesen Ländern ab.»

In Wirklichkeit zapfte die englische Industrie aus der Dritten Welt nicht Wohlstand ab, sondern führte dort Wohlstand ein. Malaya, ein dünnbesiedeltes Gebiet malaiischer Weiler und Fischerdörfchen, wurde im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert durch westliche Unternehmer sowie chinesische und indische Einwanderung (durch britische Unternehmer und Verwaltung ermöglicht) umgewandelt: in den dreissiger Jahren war das Land der Weltmittelpunkt der Kautschuk- und Zinnindustrie, mit grossen Städten und ausgezeichneten Verkehrswegen, wo Millionen Malaien, Chinesen und Inder länger und auf weit höherem Standard lebten als in ihrer ursprünglichen Heimat oder im Malaya des 19. Jahrhunderts.

Während der Zeit, in der die Briten ihnen angeblich ihre natürlichen Reichtümer wegnahmen, verwandelten sich weite Gebiete Westafrikas aus von Seuchen heimgesuchten Landstrichen, in denen Sklaverei und Sklavenhandel herrschten, in Zonen mit friedlichem, blühendem Handel. Vor der britischen Kolonialzeit gab es keinen Kakao in britisch Westafrika, keinen Erdnuss- oder Baumwolllexport, dessen Aufschwung das Dasein in diesen Ländern von Grund auf veränderte und sie zu einem Welthandelszentrum machte. Dennoch konnte Nkrumah in «Afrika muss sich vereinigen» (herausgegeben vom Londoner *Lehrmittel*-Verlag Heinemann!) behaupten:

Sie nahmen uns unseren Boden, unser Leben, unsere Reichtümer und unsere Würde ... Erst als sie fort waren und wir den nackten Tatsachen gegenüberstanden, wie in Ghana gleich nach unserer Unabhängigkeit, begriffen wir die Verarmung des Landes nach langen Jahren der Kolonialherrschaft richtig.

Tanganjika war weitgehend ein leeres Land, spärlich bevölkert von Eingeborenen, die arabischen Sklavenhändlern ausgeliefert waren, als der Westen im 19. Jahrhundert intensive Handelsbeziehungen mit ihm aufnahm; sein verhältnismässig bescheidener materieller Fortschritt seither ist das Werk von Asiaten und Europäern. Dennoch konnte Präsident Nyerere bei seinem Staatsbesuch in England sagen:

Wenn die reichen Staaten damit fortfahren, zu Lasten der Armen immer reicher zu werden, müssen die Armen der Welt eine Änderung verlangen ...

Wohlfahrtsorganisationen und Kirchen blasen ins gleiche Horn. So hiess es in einer weitverbreiteten Anzeige von «Oxfam» vor ein paar Jahren:

Kaffee wird in armen Entwicklungsländern wie Brasilien, Kolumbien und Uganda angebaut. Das hindert aber reiche Länder wie Grossbritannien nicht, deren wirtschaftliche Schwäche auszunutzen, indem sie für den Rohkaffee so wenig wie nur irgend möglich bezahlen. Darüber hinaus verlangen wir für die Fertigprodukte, die sie von uns kaufen müssen, immer höhere Preise von ihnen. Wir bereichern

uns also auf ihre Kosten. Geschäft ist Geschäft.

(Eine ungefähr gleichlautende Anzeige wurde auch in bezug auf Kakao veröffentlicht, aber in der Folge wieder fallengelassen.)

Ebenso tönt es von kirchlicher Seite. Unter der Schlagzeile «Wie wir die Armen unterdrücken» sprach der Verfasser eines Artikels in *Christianity Today*, einer sehr einflussreichen amerikanischen Zeitschrift, vom «Würgegriff, in dem der entwickelte Westen die wirtschaftlichen Kehlen der Dritten Welt hält», und fährt fort: «Es wäre unrecht, zu behaupten, dass 210 Millionen Amerikaner die alleinige Verantwortung für allen Hunger und alle Ungerechtigkeit in der heutigen Welt tragen. Alle reichen, entwickelten Länder sind direkt beteiligt ... wir sind Teilhaber an einem System, das noch mehr Menschen zu Leiden und Sterben verurteilt, als es der Sklavenhandel tat.»

Auch die Intellektuellen haben ihr Wort zu sagen. Cyril Connolly schrieb 1968 in einem «Black Man's Burden» betitelten Artikel:

Bei unserem Verkehr mit jedem einzelnen Land führte die Habgier, heuchlerisch maskiert, zu skrupellosem Druck auf die eingeborene Bevölkerung ... Grausamkeit, Habgier, Unzuverlässigkeit und Arroganz ... kennzeichneten das, was sich in einem Wort zusammenfassen lässt: Ausbeutung ... Wir sind die Schuldigen (ich sage «wir», weil fast jeder von uns irgendeine Familienverbindung zu Indien, Afrika oder zum Fernen Osten gehabt hat).

In Wirklichkeit hatte nur ein winziger Bruchteil der britischen Bevölkerung überhaupt Kolonialerfahrung, und von diesem Bruchteil benahmen sich nur sehr wenige auf eine Weise, die man als grausam, habgierig, arrogant, räuberisch, ausbeuterisch bezeichnen kann. Überdies sind die Völker der Dritten Welt auch nicht eine gleichförmige, träge, leicht auszubeutende Masse, wie es Connolly angenommen zu haben scheint, wie es indessen der unternehmerische und wirtschaftliche Erfolg von Millionen Arabern, Indern und Chinesen in der Kolonialzeit und heute eindeutig widerlegt. Der Abschnitt unterstellt ferner, dass der Westen sein Einkommen nicht verdiente, sondern den Vorfahren oder angenommenen Vorfahren der Völker der Dritten Welt abknöpfte. Wäre es so gewesen, dann wären die Länder der Dritten Welt heute ärmer als vor ihren Kontakten mit dem Westen. Sie sind fast durchwegs reicher.

Führen wir uns auch die Worte zu Gemüt, die Professor Peter Townsend in seinem Buch «The Concept of Poverty» schreibt:

Ich argumentierte, dass die Armut mittelloser Staaten nur verständlich ist, wenn wir sie im wesentlichen dem Vorhandensein eines Systems internationaler Schichtung, einer Hierarchie von Gesellschaften mit den verschiedensten Ressourcen zuschreiben, in dem der Reichtum der einen historisch und gegenwärtig mit der Armut von anderen verknüpft ist. Dieses System wirkte auf rohe Weise in der Zeit der kolonialen Herrschaft; und es wirkt heute noch, wenn auch subtiler, über

Systeme von Handel, Bildung, politischen Beziehungen, militärischen Bündnissen und industriellen Gruppen.

Wenn Prof. Townsends Argument stichhaltig wäre, dann müssten die vom Westen am meisten «ausgebeuteten» Länder die ärmsten sein.

In Tat und Wahrheit sind in der ganzen Dritten Welt jene Regionen die fortgeschrittensten, mit denen der Westen die umfassendsten Handelsbeziehungen angeknüpft hat (Malaysia, Singapore, Westafrika usw.). Die rückständigsten sind die mit den schwächsten Verbindungen dieser Art (Zentralasien, grosse Teile Afrikas, die inneren Länder Südamerikas). Wüstenvölker und Ureinwohner sind Extremfälle: Wie könnte der Westen, der keinerlei Kontakt mit ihnen hat, an ihrer Armut schuld sein?

Und selbst wenn man den Westen nicht beschuldigt, die Armut der Dritten Welt verursacht zu haben, sollen westliche Länder doch ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie nicht grosse Geldsummen hergeben. Mit den Worten eines Artikels in der *Financial Times* vor einem Jahr:

Von den Medien dauernd mit Bildern konfrontiert, die zeigen wie elend das Leben für die Mehrheit der Weltbevölkerung ist, nehmen es die Menschen in unserem Land sogar in dieser relativ mageren Zeit als gegeben hin, dass es ihre Pflicht ist, ihr möglichstes zu tun, um dieses Elend zu lindern.

Worauf diese verschiedenen Anklagepunkte abzielen, ist klar: Der Westen soll den Regierungen der Dritten Welt viel Geld geben, hauptsächlich zur

Wiedergutmachung vergangenen Unrechts. Wie ist es nur möglich, dass Leute Behauptungen wie diese unwidersprochen von sich geben dürfen? Eine Erklärung liegt in einem weitherum herrschenden Schuldgefühl.

«... Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt *buchstäblich* davon, dass er die andern drei Viertel umbringt.» Der Satz stammt von Jill Tweedie. Diese repräsentative Passage aus einem Artikel im *Guardian* geht ein bisschen weit. In Wirklichkeit haben Dienstleistungen und Erzeugnisse des Westens die Lebensdauer in der Dritten Welt um ein gutes Stück verlängert: daher auch die vielbeklagte Bevölkerungsexplosion.

Bei öffentlichen Angelegenheiten sind Ausdrücke des Schuldbewusstseins selten von Verantwortungsgefühl für die angeregten Massnahmen begleitet. Politische Massnahmen werden mehr von den Umständen derer geformt, die sich schuldig fühlen, als von den Verhältnissen derer, die die Folgen tragen sollen. Diese Missachtung der Auswirkungen einer von Schuldgefühlen inspirierten Politik ist vielleicht eine natürliche Folge der Trennung von Kollektivschuld und persönlicher Verantwortung. Kollektivschuld entbindet ja die Menschen von jeder individuellen Verantwortung. Wenn wir allesamt schuldig sind, dann kann kein identifizierbarer Einzelner etwas dafür! Und Einzelmenschen brauchen mit den oft himmeltraurigen Ergebnissen der Massnahmen, zu denen ihre Kollektivschuld Anlass gab, schliesslich nicht fertig zu werden.

Je grösser im übrigen die kulturelle und geographische Distanz zwischen den Schuldgeplagten und denen am empfangenden Ende, desto schwieriger ist es für die Helfer, die Konse-

quenzen ihrer Massnahmen abzuschätzen. Diese Schwierigkeit nimmt noch zu, wenn man diejenigen, die eine Politik durchsetzen wollen, indem sie Schuldgefühle einflössen, als uneigennützig Experten (oder sogar als einzige Experten) betrachtet, während sie in Wirklichkeit uneingestanden politische, emotionale und gar direkte finanzielle Vorteile aus dieser Politik ziehen.

Um das alles geht es, wenn auf den Schuldgefühlen des Westens herumgeritten wird, um die Auslandhilfe voranzutreiben. Die westlichen Steuerzahler wissen ja so wenig von den meisten Gesellschaften der Dritten Welt, von der Geschichte und den Ergebnissen internationaler Geschäftsbeziehungen, von den Taktiken der Unterstützungsempfänger, oder von den Auswirkungen der Hilfe. Und in der öffentlichen Diskussion um die Unterstützung sind es wiederum nur die Befürworter und Verwalter und nicht die Kritiker, die als Fachleute gelten. Dass viele offizielle Befürworter der Hilfe, einschliesslich mancher Akademiker, Mitglieder internationaler Organisationen und Kirchen, beachtlich von der offiziellen Hilfe mitprofitieren, weiss kaum jemand.

Die Bemerkungen Prof. Thomas Sowell, des hervorragenden Wirtschaftswissenschaftlers an der University of California, einem Schwarzen übrigens, sind treffend:

Grob herausgesagt: die Armen sind eine Goldmine. Bis man sie geschult, beraten, mit ihnen experimentiert und ihnen geholfen hat, haben sie manch einem Mittelstandsliberalen zu Wohlstand durch Regierungsgelder verholten.

Angehörige der höheren Mittelklasse tun sich häufig hervor, sowohl unter den vom schlechten Gewissen Geplagten, als unter denen, die von den Massnahmen profitieren, zu denen das schlechte Gewissen anregt. So ist das einzige Mitglied der Cambridger Dritte-Welt-Gruppe, das in dem anfangs zitierten Flugblatt mit Namen genannt wird, die Tochter eines prominenten Londoner Literaturagenten; und Mr. Charles Clarke, den ich ebenfalls zitiert habe, ist der Sohn eines verstorbenen Treasury Knight. Eine weitere glühende Verfechterin der westlichen Schuld ist Miss Teresa Hayter (Verfasserin von «Hayter of the Bourgeoisie»), die Tochter Sir William Hayters, des einstigen britischen Botschafters in der UdSSR und späteren Vorstehers des New College in Oxford.

Befangenheit in Wertbegriffen und Zielen der westlichen höheren Mittelklasse tritt bei Diskussionen über die Dritte Welt und die Auslandhilfe auch in der Herablassung zutage, die Schuldgefühle so oft begleitet. So implizieren Vorwürfe der Ausbeutung doch häufig, dass die Völker der Dritten Welt der wirtschaftlichen Überlegenheit des Westens machtlos oder ahnungslos gegenüberstünden. Ich zitiere wiederum jene Flugschrift von Cambridge:

Die Menschen der halben Welt haben überhaupt nie irgendeine Bildung bekommen. Das bedeutet, dass sie weitgehend zu nichts fähig sind, als sich ihren Lebensunterhalt aus dem Boden zu kratzen.

Nach dieser gönnerhaften Bemerkung wäre eine formelle westliche Erziehung die einzige, die etwas taugt;

ohne sie wären die Menschen wirtschaftlich ohne Hoffnung und überdies unzivilisiert. Wenn man an die chinesische und indische Kultur denkt ...

Die Befürwortung und Durchführung internationaler Spenden ist viel mehr anhand von westlichen Vorstellungen, Interessen und Besorgtheiten, besonders der Beschäftigung mit Schuldgefühlen gestaltet worden, als nach den Lebensbedingungen und dem Verhalten der Empfänger oder nach der Wirksamkeit der Hilfe. Im Zusammenhang mit offizieller Hilfe haben wir es soweit gebracht, dass mehr geben «besser sein» bedeutet, ungeachtet der Auswirkungen. Die Moral ist zufriedengestellt, solange die Spender nur genug bezahlen. Oft ist daher das Wohlergehen der Menschen in Empfängerländern den emotionalen Bedürfnissen westlicher Gruppen und den Interessen der Verteidiger und Verteiler von Hilfeleistungen untergeordnet. Westliche Wirtschaftshilfe hat unmenschliche, barbarische Methoden unterstützt oder sogar erst ermöglicht, zum Beispiel die erzwungene Zusammentreibung in Kollektivsiedlungen in Tansania, oder die Enteignung oder Ausweisung von ganzen Volksgruppen, wie der Asiaten in Ostafrika und der Inder in Sri Lanka sowie der Zerstörung der Handelssysteme in grossen Teilen der Dritten Welt, oft mit verheerenden Auswirkungen auf die Armen in den Dörfern.

Diese Missachtung der Voraussetzungen und des Verhaltens der Empfängerregierungen trägt ebenfalls dazu bei, die westliche (einschliesslich der britischen) Hilfe an OPEC-Länder zu erklären, die sich riesiger Öleinnahmen erfreuen, mit denen sie sogar grosse westliche Unternehmen aufkaufen. Sie erklärt auch die fortgesetzte, oft offi-

zielle Hilfe an afrikanische Despoten wie Amin.

Das Einstehen für Schuldtilgung in Form einer Hilfe, bei der die Betonung auf der Schuld des Westens in die Augen fällt, liefert ein weiteres Beispiel für die Missachtung der Wirkungen von Spenden. Diese Form der Unterstützung subventioniert die Regierungen, oft die von verhältnismässig wohlhabenden Ländern mit grossen Naturschätzen, die durch ihre Schwierigkeiten bei der Rückgabe selbst dehnbarer Darlehen bewiesen haben, dass sie Kapital nicht produktiv einsetzen. Warenabkommen als Form der Hilfe widerspiegeln ebenfalls die Missachtung der Auswirkungen, laufen sie doch oft den Interessen der ärmsten Völker in der Dritten Welt zuwider (indem sie diese zum Beispiel davon abhalten, die betreffenden Waren zu produzieren); abgesehen davon beschwören sie politische Spannungen herauf.

Diese Liste der Anomalien und Widersprüche lässt sich beliebig erweitern. Doch mein Hauptanliegen in diesem Artikel ist nicht die Kritik an der offiziellen Hilfe, sondern das Aufzeigen der Hohlheit jener Anklagen, die nur dazu da sind, die westlichen Schuldgefühle zu schüren; die Klarstellung, dass solche Gefühle die internationale Hilfe nur fehlleiten, und der nachdrückliche Hinweis darauf, dass Verfechter und Verteiler von Spenden weder auf Sachkenntnis, noch auf Selbstlosigkeit ein Monopol besitzen, sondern im Gegenteil oft recht interessierte Parteien sind.

Mitgefühl, Verständnis, Bereitschaft und Fähigkeit, die Auswirkungen von

Aktionen abzuschätzen – das sind die richtigen Beweggründe zum Geldhergeben, besonders wenn es um internationale Hilfe geht. Diese Beweggründe haben mit Schuldgefühlen nichts zu tun. Darauf weist die Ablehnung eines Vorschlages der schweizerischen Regierung zur Erhöhung der offiziellen Hilfe durch eine grosse Stimmenmehrheit hin – zu einer Zeit, als die Schweizer freiwillig grosse Summen an einen Fonds für Erdbebengeschädigte in Italien beisteuerten.

Schuldgefühle sind mehr davon besessen, die Reichen zu geisseln, als die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern. Dadurch verstärken sie die bekannte Praxis, über Armut zu sprechen, ohne zu prüfen, wie sie entstanden ist und wie sie dauerhaft behoben werden kann. Über solche Dinge aber kann man nicht vernünftig diskutieren, ohne dass man ihre Hintergründe untersucht, besonders wenn die Diskussion als Grundlage für eine Politik dienen soll. Die Vernachlässigung dieser einfachen Überlegung aber lastet schwer auf vielen Vorschlägen für die Linderung von Armut, von der Negativ-Einkommenssteuer bis zur staatlichen Auslandhilfe.

In Ermangelung geeigneterer Standpunkte werden Reichtumsverschiebungen, namentlich internationale Reichtumsverschiebungen, weiterhin dem Prozess dienen, den man treffend «räuberische Armut im Vormarsch» genannt hat. Dieser Vormarsch steht in keiner Beziehung zu den Bedürfnissen der Armen in der Dritten Welt oder sonstwo.

Peter T. Bauer

ZYPERN NACH MAKARIOS

Zyperns Erzbischof Makarios hat mehr Anschläge überlebt als irgendein anderer Herrscher im östlichen Mittelmeer. Am 15. Juli 1974 entging er dem Angriff nur, weil die Attentäter nicht ihn, sondern eine mannshohe Puppe im Bischofsrock niederstreckten. Einen Tag lang glaubte ihn die Weltpresse tot. Nachher spottete er im Gespräch, schöne Elogen hätten ihm die fernen Schreiber da gewidmet. Anfang August ist der Ethnarch eines natürlichen Todes gestorben; doch zu Lobreden ist nicht mehr viel Anlass.

Kirchlich-staatliche Macht

Makarios vereinigte auf Griechisch-Zypern alle kirchliche und politische Macht in einer Hand. Aus byzantinischer Zeit besass er Vorrechte, die nur dem oströmischen Kaiser zugestanden waren: er leistete seine Unterschrift mit roter Tinte und trug, wie in Konstantinopel, das Zepter und den Mantel des Kaisers. Wenn er in Nikosia durch elende Zeltlager ging, wollten ihn die Flüchtlinge nicht nur sehen und hören; sie griffen nach ihm, als ob ihnen eine Berührung Heil gebracht hätte. Als sein Leichnam in der Kirche des heiligen Johannes aufgebahrt lag, zogen Gläubige vier Tage und vier Nächte lang an der Bahre vorbei.

Politisch beherrschte der Erzbischof die griechische Gemeinschaft absolut. Nach dem osmanischen Millet-System war er Ethnarch, Vater der gesamten Volksgruppe. Im Parlament waren ihm alle 35 Abgeordneten ergeben; die Demokratische Front Spyros Kyprianous,

die starke Kommunistische Partei und die Sozialisten gehorchten ihm aufs Wort. Die oppositionelle Demokratische Sammlung Glafkos Klerides' war im September 1976 aus der Kammer ausgeschieden, obwohl sie 28 Prozent der Stimmen erzielt hatte; nach dem zypriotischen Mehrheitswahlrecht war sie den drei andern Parteien sitzmässig unterlegen.

Militärisch war Makarios Befehlshaber der 20000 Mann starken griechischzypriotischen Nationalgarde und Kommandant einer eigenen, auf ihn zugeschnittenen Sondertruppe. Diesen Spezialverband hatte er sich in Paphos, seiner Heimatprovinz, als Leibwache aufgebaut, nachdem er in der Nationalgarde rebellische Zellen aufgedeckt hatte. Der Kerntruppe aus Paphos verdankte er mehrmals sein Leben und, nimmt man alles in allem, seine Stellung als oberster Militärherr innerhalb der ethnischen Gemeinschaft. Territorial gehörten ihm bei seinem Tod aber nur noch gut drei Fünftel der Insel.

Territoriale Teilung

Zum Verhängnis war ihm geworden, dass er Andersgläubige hasste und die Türken unterschätzte. Als der Mann, der sich als letzter Repräsentant des alten Byzanz verstand, glaubte er die islamische Minderheit als Bürger zweiter Klasse behandeln zu dürfen. Die Minorität und ihre Schutzmacht in Ankara nahmen dies nicht hin: seit dem 20. Juli 1974, dem Tag der türkischen Landung, ist Zypern geteilt. 38

Prozent der Inselfläche sind militärisch besetzt, die fruchtbare Mesaoria-Ebene und die Fremdenorte Famagusta und Kyrenia in türkischer Hand. Im Norden regiert, auf den Bajonetten der Invasionsarmee, Rauf Denktasch, seines Zeichens Präsident des «Föderationsstaates Türkisch-Zypern».

In den territorialen Grundzügen könnte das Inselproblem aber gelöst werden. Die Umriss der geographischen Teilung sind gegeben. Unbestritten ist, dass die griechisch- und die türkischzypriotische Volksgruppe nur räumlich getrennt zusammenleben können. Auszuhandeln wären die prozentualen Anteile am Territorium. Gegenwärtig hält die türkischsprachige Gemeinschaft eindeutig zuviel Land in ihrer Hand; demographisch beträgt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 28 Prozent, nicht 38. Denktasch bot zu einem Rückzug auf 33 Prozent Hand, Makarios beharrte auf der Proportion 80:20; dies entsprach dem demographischen Verhältnis vor der Landung.

Eine mittlere Regelung müsste sich im Bereich von 28 Prozent einpendeln. Erschwert wird sie durch zwei Faktoren: erstens verschiebt sich das demographische Verhältnis stetig zugunsten der Minderheit; im August 1977 standen den 520000 «Griechen» im Süden schon 150000 «Türken» im Norden gegenüber (staatlich geförderte Einwanderung aus Anatolien). Zweitens ist das Land auf Zypern nicht überall gleich viel wert; die Minorität besitzt zurzeit eindeutig die besseren Gebiete. Beide Hindernisse wären zu überwinden, wenn sich die Parteien auf eine konstante Proportion einigen könnten und die Fläche entsprechend ihrem Ertragswert für Landwirtschaft und Fremdenverkehr gewichteten.

Umstrittene Enosis

Schwieriger wird es im staatsrechtlichen Bereich. Denktasch besteht auf zwei starken Teilregierungen und will die Macht der Zentralgewalt auf ein Mindestmass beschränken. Die türkischsprachige Volksgruppe weigert sich, unter das Dach einer gesamtzypriotischen Einheitsverwaltung zurückzukehren und verwirft die Ethnarchie, wie sie von der Unabhängigkeit bis zum Tode Makarios' bestand. Die hellenische Gemeinschaft dagegen wünscht eine gestärkte Zentralregierung mit zwei schwachen ethnischen Teiladministrationen. In der Frage der Ethnarchie gehen die Lehrmeinungen auseinander; doch zeichnet sich jetzt im Sinne der Trennung eine Regelung ab.

Im alten Millet-System war der Erzbischof von Zypern gleichzeitig Ethnarch der griechischsprachigen Gemeinschaft. Er führte sie auch politisch und vertrat seine Landsleute an der Hohen Pforte. Die Kirche von Zypern ist autokephal, keiner andern Institution unterstellt; in der orthodoxen Rangfolge folgt sie unmittelbar den acht Patriarchaten – noch vor der Kirche von Griechenland. Zwar hat sie nie mehr als gut eine halbe Million Mitglieder umfasst; nationalpolitisch bildete sie indessen stets eine Kraft, mit der zu rechnen war. Ihre Hierarchie fühlte sich der Enosis, der Vereinigung mit Griechenland, verpflichtet. Dieses Ziel wurde nie erreicht, aber auch nicht aufgegeben.

Makarios' innerer Widerspruch lag im Enosis-Gedanken begründet. Einerseits stand er einer Kirche vor, in der sich starke griechischnationale Strömungen regten. Andererseits war er als

Staatspräsident und Regierungschef an die Verträge von 1959/60 und die daraus abgeleitete Landesverfassung gebunden; sowohl die Zürcher Abkommen als auch Zyperns Grundgesetz verwerfen die Enosis endgültig und kategorisch. Makarios liess die Frage des Anschlusses immer unentschieden: im Gespräch hielt er die Vereinigung als spirituelles Konzept hoch; doch räumte er ein, die Enosis offen anzustreben sei machtmässig nicht zu allen Zeiten opportun.

Unhaltbarer Schwebestand

Kirchlich trug ihm der Schwebestand die Kritik derjenigen Kleriker ein, die Zypern sofort mit dem Mutterland vereinigen wollten. Ursprünglich gab es in überkommener Hierarchie vier Bistümer auf der Insel: das Erzbistum von Nea Justiniana und ganz Zypern war den Metropolitan-diözesen von Paphos, Kition und Kyrenia vorangestellt. 1972 erklärten die drei untergeordneten Bischöfe Makarios für abgesetzt, weil er ein politisches Amt bekleide und das «nationale Zentrum» – lies: Athen – missachte. Die Rebellen beriefen sich auf die Lehrmeinung, das kanonische Recht untersage es einem Geistlichen in jedem Fall, politisch tätig zu sein.

Makarios erwiderte, in Notzeiten seien Ausnahmen gestattet, wenn es die Wohlfahrt des Volkes erforderte. Er liess sich im Februar 1973 erneut zum Staatspräsidenten wählen und entschied den innerkirchlichen Machtkampf für sich. Zuerst setzte er Gennadios von Paphos ab und an dessen Stelle den Landbischof Chrysostomos von Konstantia ein. Dann gliederte er die Kir-

che von Zypern neu: mit Sitz in Limassol und Morphou schuf er zwei neue Metropolien. Wie die für vakant erklärten Diözesen von Kition und Kyrenia besetzte er sie mit ihm treu ergebenden Klerikern, die ihm im Bund mit Chrysostomos starken Rückhalt verliehen.

Politisch warf Denktasch dem Erzbischof vor, als Ethnarch handle er nur als Präsident der griechischsprachigen Zyprioten. In der Tat hatte Makarios nur die Interessen seiner eigenen Volksgruppe im Auge. Damit war der bi-nationale Ansatz in der Form von 1960 zum Scheitern verurteilt. Nach Artikel 2 der Landesverfassung zählt, in Fortsetzung des Millet-Systems, zur griechischzypriotischen Volksgemeinschaft, wer der griechisch-orthodoxen Kirche angehört. Wer sich zum Islam bekennt, gehört folgerichtig zur türkischzypriotischen Volksgruppe. Als Bindeglied war der Staatspräsident gedacht; Makarios als kirchlichpolitischer Würdenträger musste in dieser Funktion versagen.

Ende der Ethnarchie

Sein Tod bedeutet das Ende der Ethnarchie in der alten umfassenden Form. In der Kirche von Zypern nimmt vorläufig Chrysostomos von Paphos die Aufgaben des Erzbischofs wahr. Als Staatspräsident amtiert Kyprianou, der vor dem Ausscheiden Makarios' dem Parlament vorgestanden war. Chrysostomos wurde von Makarios selbst zum Nachfolger bestimmt und erfreut sich des Wohlwollens der anderen fünf Bischöfe. Kyprianou stützt sich auf seine Demokratische Front und steht mit den AKEL-Kommunisten Ezekias

Papaoannous und den EDEK-Sozialisten Vassos Lyssarides' im Bund. Sein hauptsächlichster Gegner dürfte, wenn es 1978 um die Präsidentschaft gehen wird, der bürgerliche Klerides sein.

Weder Chrysostomos noch Kyprianou erheben Anspruch auf die Ethnarchie. So wenig der Berufspolitiker Kyprianou von den Gläubigen als religiöse Gestalt anerkannt werden kann, so wenig strebt Chrysostomos nach weltlicher Macht. Damit sind Widersprüche gelöst, die Makarios als doppelter Herrscher in sich trug. Dennoch verlautet aus dem türkischzypriotischen Föderationsstaat, die Minderheit werde Kyprianou nur als Sprecher seiner Volksgruppe, nicht aber als Präsidenten der Republik anerkennen. Wen immer die griechische Gemeinschaft wählen wird: für die Minorität wird er nur ein gleichberechtigter Unterhändler, nicht aber der Führer aller Zyprioten sein.

Brennpunkt Ankara

Denktasch hat im Gespräch immer wieder betont, Makarios stehe jeder Regelung im Weg: es gehe dem Erzbischof primär um die Ethnarchie und nur sekundär um die territorialen und staatsrechtlichen Sachfragen. Jetzt wird auf Griechisch-Zypern die kirchlich-staatliche Autorität des verstorbenen Ethnarchen aufgespalten. Dennoch verharret Denktasch in seiner ablehnenden Position. Dies deutet Hintergründe an, die nicht allein im Problem der Vermengung von klerikaler und weltlicher Macht auf der Gegenseite zu suchen sind; sie dürften vielmehr auch im Fragenkreis des türkisch-türkischzypriotischen Verhältnisses und der Spannungen in Ankara angesiedelt sein.

Im Norden der Insel patrouillieren immer noch 26000 Mann des türkischen Expeditionskorps. Der Anteil anatolischer Festlandbauern nimmt zu. Wirtschaftlich und diplomatisch hängt Denktasch weitgehend von der türkischen Regierung ab. Nur Anatolien nimmt ihm direkt Produkte ab, nur Ankara hat seinen Föderationsstaat völkerrechtlich anerkannt. Die Türkei hat bisher aber wenig Bereitschaft bekundet, Bewegung in die verfahrenere Affäre zu bringen. Erstens begünstigt das innenpolitische Kräftespiel Experimente nicht, und zweitens wird das Zypern-Problem in Ankara mit der Ägäis-Frage verknüpft: solange es dort keinen Fortschritt gebe, wird argumentiert, sei auch hier der Weg blockiert.

Vor den Parlamentswahlen im Juni bestand Hoffnung, dass die Republikanische Volkspartei Bülent Ecevit's, des «Zypern-Helden» von 1974, das Inselproblem anpacken werde. Auch Ministerpräsident Süleyman Demirel's Gerechtigkeitspartei versprach im Wahlkampf Remedur. Jetzt aber bleibt der Regierungschef auf seine Koalitionspartner zur Rechten angewiesen; sie fallen ihm in den Arm, sobald er zu einer Initiative ansetzt. Oberst Alparslan Türkeş's faschistische Nationale Aktionspartei geht gestärkt aus den Wahlen hervor; ihr aus Nikosia gebürtiger Chef will an jedem Fussbreit eroberten Bodens festhalten. Necmettin Erbakan, der Vorsitzende der geschwächten islamischen Wohlfahrtspartei, malt gar die dritte Offensive an die Wand.

Vermittlung Washingtons

Dennoch sollte der Zypern-Konflikt zu lösen sein. Im Gegensatz zum Nah-

ost-Problem – dort ist nur eine erzwungene Regelung denkbar – sind territoriale und staatsrechtliche Lösungskonzepte gegeben. Washington bemüht sich durch aktive Vermittlung, das Spannungsfeld zu entschärfen. Zwei Hindernisse standen dem «ehrlichen Makler» Clark Clifford bisher im Weg: zum einen widersetzte sich die türkische Seite auch unter amerikanischem

Druck jedem Rückzugsbegehren; zum andern stemmte sich die überragende Gestalt des Kirchenfürsten Makarios gegen die endgültige Aufgabe längst verlorener Positionen. Mindestens die zweite Hürde ist nun aus dem Weg geräumt: die Initiative liegt fortan vermehrt bei Denktasch und der Türkei.

Peter Forster

ASPEKTE SOWJETISCHER LITERATURPOLITIK

Seit mehreren Monaten sind die Mitglieder des Sowjetischen Schriftstellerverbands – rund 7500 Belletristen, Essayisten und Übersetzer – durch ein Dekret des ZK der KPdSU «Über den 60. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution» dazu angehalten, das bevorstehende Jubiläum gebührend zu würdigen und sich erneut auf ihre vaterländischen Pflichten zu besinnen, die schon Maxim Gorkij, der Begründer des sozialistischen Realismus, gültig formuliert und beispielhaft erfüllt habe. Zahlreiche einschlägige Beiträge sind denn auch bereits in der sowjetischen Presse erschienen: Erzählungen über heroische Altbolschewiken, Porträts führender Parteifunktionäre, Erinnerungen an «flammende Revolutionäre», an die «Ritter der Leninschen Garde». In den meisten literarischen Wochen- und Monatsschriften werden – unter Titeln wie «Auf dem Weg des Oktobers», «Auf den Pfaden der Oktoberära» oder auch «Ewig mit Lenin» – spezielle Rubriken zur Publikation von Jubiläumsbeiträgen geführt. Mehrere namhafte Redaktionskollegien haben im übrigen Patenschaften über bedeu-

tende Unternehmungen des zehnten Fünfjahrplans übernommen, und mit auffällender Häufigkeit werden neuerdings Arbeiter, Ingenieure, «Kommandeure der sozialistischen Produktion» oder Parteifunktionäre zur Mitarbeit an literarischen Periodica aufgefordert. Diese wiederum setzen sich in ihren Stellungnahmen mit Vehemenz und staunenswertem Selbstbewusstsein dafür ein, dass ihren Anliegen nicht zuletzt in der vaterländischen Literatur Rechnung getragen werde: Giesser und Pflüger, Milizionäre und Armeeinghörige aller Ränge sollten von den Schriftstellern wieder vermehrt als «positive Helden» vorgeführt werden. – «Die grandiose und vielfältige Hinterlassenschaft des Begründers der Literatur des Sozialistischen Realismus ist kein Museum, sondern ein Kriegsarsenal, aus dem sich die sowjetischen <Meister der Kultur> stets von neuem ihre <alte, aber schreckliche Waffe> holen, um all jene äusserst wichtigen Aufgaben zu bewältigen, welche unser zielstrebiges und stürmisches Leben uns stellt. Eben deshalb stehen Gorkijs Traditionen und Vermächtnisse dauernd im Zentrum der

Aufmerksamkeit unserer gesamten multinationalen Literatur.» Das «humanistische Pathos des entwickelten Sozialismus» bestimme auch, so heisst es weiter in einem redaktionellen Leitartikel der Moskauer *Literaturnaja Gazeta* (1977, XXX), die «besondere Rolle der Literatur und Kunst in der heutigen Sowjetgesellschaft». Das «leuchtende Zeugnis» dafür sei das Projekt einer neuen sowjetischen Staatsverfassung, das nun dem Volk – und namentlich den Literaturschaffenden – zur allseitigen Erörterung vorliege, ein Projekt übrigens, in dem «die Sorge des Staats um die Erhaltung und Mehrung der geistigen Werte der Gesellschaft, um die Entwicklung der professionellen Kunst und des künstlerischen Volksschaffens» mit grösster Deutlichkeit zum Ausdruck komme. Die Sowjetmacht habe der schönen Literatur dazu verholfen, «einer der wichtigsten Faktoren im geistigen Leben des Volkes» zu werden (und zu bleiben), ein «aktives Mittel zur Anhebung des kulturellen Niveaus der Sowjetmenschen, zu ihrer ideell-ästhetischen Erziehung». So entspreche die Literatur des Sozialistischen Realismus heute «in vollem Umfang» der Leninschen Zielvorstellung einer «tatsächlich freien» und «offen mit dem Proletariat verbundenen Literatur». Mit voller Überzeugung kann denn die *Literaturnaja Gazeta* auch verkünden: «Von ganzem Herzen billigen die sowjetischen Schriftsteller das Projekt einer neuen Konstitution der UdSSR. Einmütig erklären sie, ihr Talent, ihre Kenntnisse, ihre Meisterschaft dem Volke zur Verfügung stellen und hochkünstlerische Werke schaffen zu wollen, welche unserer Zeit würdig sind.»

Viele prominente Literaten haben

sich inzwischen in eigens verfassten – teilweise gereimten – Deklarationen zur Breschnew-Verfassung bekannt und diese, mit Blick auf das Revolutionsjubiläum, als ein «aufwühlendes Buch des Lebens» gefeiert, das allen Sowjetmenschen den Weg weisen und den «Aufstieg zu den Gipfeln» ermöglichen werde (*Lit. Gaz.*, 1977, XXXI): «Wir sind nun aufgerufen», schreibt der turkmenische Literat Taschli Kurbanow, «auf die Herzen und Seelen, auf die Gefühle und Gedanken der Menschen einzuwirken, ihre Weltanschauung, ihre sittlichen und ästhetischen Ideale zu formen.» Denn: «Noch nirgends und zu keiner Zeit wurde die Arbeit des Schriftstellers so hoch eingeschätzt wie in unsern Tagen.» Von diesem (offenbar spezifisch sowjetischen) Privileg leitet Kurbanow seinen Vorschlag ab, es sei in der neuen Verfassung zusätzlich festzuhalten, dass einzig jene Autoren Rechtsschutz geniessen sollten, «deren Werke den hehren kommunistischen Idealen dienen»; damit wäre – ganz im Sinn der gegenwärtigen sowjetischen Literaturpolitik – eine erweiterte gesetzliche Grundlage geschaffen, die es erlauben würde, unliebsame Autoren «aus der Literatur auszuschliessen».

Das Verfassungsprojekt hat sich auch Nobelpreisträger Michail Scholochow als «eine sehr wichtige Lebensfrage zu Herzen genommen»; aus der Moskauer Zentrale des Sowjetischen Schriftstellerverbands verlautete vor kurzem, Scholochow betrachte «die neue Konstitution als ein Faktum seines persönlichen Schicksals als Mensch und Schriftsteller» (*Lit. Gaz.*, 1977, XXXV): «Im besondern merkte er an, dass im Verfassungsprojekt der sozialistischen Entwicklung und der Kultur unter den staatlichen Anliegen eine Vor-

rangstellung zukomme, und er sagte in diesem Zusammenhang, dass die Bedeutung und Verantwortung der schriftstellerischen Arbeit noch anwachsen werden.» Und in einem wortreichen Grundsatzartikel (*Voprosy Literatury*, 1977, VIII) – «Dem 60. Jahrestag des Oktobers entgegen!» – ergänzt der usbekische Autor Kamil Jaschen: «In voller Blüte ihrer Kräfte und Machtfülle hat unsere multinationale Heimat das bedeutsame Datum erreicht. Getreu dem Vermächtnis seines genialen Führers und Lehrers, Wladimir Iljitsch Lenins, errichtet das Sowjetvolk unter der Leitung der Partei erfolgreich den Kommunismus und arbeitet begeistert an der Erfüllung der Beschlüsse des XXV. Parteitags. Der 60. Jahrestag unserer Revolution ist durch ein grosses geschichtliches Ereignis gekennzeichnet – das Sowjetvolk erörtert das Projekt einer neuen Konstitution der UdSSR. In diesem Grundgesetz unseres Staates wird eine neue Etappe in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft, der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus, bei der Ausweitung und Vertiefung des demokratischen Systems unseres gemeinwölkischen Staatswesens, der Freiheiten und Rechte seiner Bürger sowie bei der Festigung der politischen Einheit des Sowjetvolkes und der brüderlichen Verbundenheit aller Nationen und Nationalitäten der UdSSR besiegelt.» Von solch unbedarftpathetischer Rhetorik sind derzeit sämtliche literarischen Gespräche und Manifestationen in der UdSSR gekennzeichnet; die Schriftsteller scheinen sich als lautstarke Jasager gegenseitig überbieten und auf diese Weise das rein apologetische Selbstverständnis einer Staats- und Parteiliteratur dokumentieren zu wollen, die sich seit Jahrzehnten ihrer

revolutionären Progressivität zu rühmen pflegt. «Werke zu schaffen, die der Epoche des Oktobers würdig sind – das ist's, wonach wir streben müssen», unterstreicht der ukrainische Erzähler Mikola Baschan (*Vopr. Lit.*, 1977, VII): «Ohnmächtig sind die Bemühungen ausländischer Feinde, die Vorstellungen über die Sowjetkultur zu verfälschen, verfügt diese doch über eine mächtige Anziehungskraft. Das Sowjetvolk hat allen Grund, sich der Errungenschaften der Literatur und Kunst des Sozialistischen Realismus ... zu rühmen.»

Doch nicht allein die Literaten, auch die Kritiker und die Literaturwissenschaftler sind heute aufgerufen, diesen Ruhm zu mehren. Welche Anstrengungen dazu notwendig sind, wurde unlängst auf einem redaktionellen Symposium der beim Pravda-Verlag erscheinenden Monatsschrift *Znamja* plakativ herausgestellt. Danach hat die Literaturkritik im gegenwärtigen Zeitpunkt den folgenden Aufgabenbereichen «besondere Aufmerksamkeit» zu widmen: die «Entwicklung der nationalen Literatur» muss nachhaltig im Sinn der internationalen «Kulturpolitik der kommunistischen Parteien» der sozialistischen Bruderländer gefördert werden; nicht nur die «nationale Eigenart» der sozialistischen Literaturen soll aufgezeigt werden, sondern auch deren «Gemeinsamkeit»; als «wesentlich für die Kritik» wird schliesslich die «konsequente und grundsätzliche Entthronung fremder ideel-ästhetischer Konzeptionen» postuliert, die Liquidierung «bürgerlicher, revisionistischer und ultralinker» Kunstauffassungen. «Der ideologische Kampf», so heisst es im Arbeitsbericht der Redaktion (*Znamja*, 1977, V), «setzt die permanente Vertiefung der marxistisch-leninistischen

Methodologie voraus, die Weiterentwicklung der Theorie des Sozialistischen Realismus unter Berücksichtigung sämtlicher unserer multinationalen Literaturen, die Vervollkommnung des kritischen Instrumentariums.» Es liegt auf der Hand, dass eine Kritik, die militant auf Vordermann gebracht ist und bloss noch utilitaristisch zu funktionieren hat, ihrerseits die Literatur nicht mehr zu fördern, sie lediglich zu verwalten und zu bevormunden vermag.

In der sowjetischen Presse insgesamt, besonders aber in literarischen und literaturwissenschaftlichen Zeitschriften wird seit Beginn dieses Jahres mit wachsender Eindringlichkeit zur Verschärfung des «ideologischen Kampfs» gegen alle dem sozialistischen Kulturverständnis «fremden» oder «feindlichen» Kräfte aufgerufen. «Der Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Ideologie ist eine objektive Wirklichkeit», betonen L. I. Brodskij und W. I. Strepetow in ihrer Streitschrift *Kampf ohne Kompromisse* (Alma-Ata 1977): «Sie ist durch die Tatsache der Existenz zweier sozialer Systeme auf unserem Planeten vorausbestimmt und geht direkt aus dieser Tatsache hervor ... Das Prinzip der friedlichen Koexistenz ist für das Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen gerecht, nicht aber für die Sphäre des ideologischen Kampfes, in der es keine friedliche Koexistenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus gibt und geben kann.» – Zur Begründung derartiger martialischer Appelle verweisen deren Urheber gewöhnlich auf das vor fünf Jahren erlassene ZK-Dekret «Über Literatur- und Kunstkritik», auf die einschlägigen Beschlüsse des XXV. Parteitags sowie – immer häufiger – auf persönliche Worte Leonid Iljitsch Bre-

schnew, der seine doppelte Autorität als Generalsekretär der KPdSU und als sowjetisches Staatsoberhaupt neuerdings auch im Bereich der Kulturpolitik massiv durchzusetzen weiss: kaum eine literarische oder literaturwissenschaftliche Publikation von allgemeinem Interesse kann heute in der UdSSR noch erscheinen, ohne dass Genosse Breschnew an prominenter Stelle – sei es auf der ersten, sei es auf der letzten Seite – zumindest dem Namen nach zitiert wird.

Dass es im zeitgenössischen sowjetischen Literaturbetrieb noch manche «ungelösten Probleme» und verschiedene «Engpässe» gebe, die hauptsächlich auf die mangelnde «ideelle Tendenziosität» des literarischen und literaturkritischen Schaffens zurückzuführen seien, hat Breschnew in seiner Grundsatzrede vor dem XXV. Parteitag deutlich gemacht. Um diesem Mangel abzuwehren, um praktikable Rezepte zu dessen Überwindung bereitzustellen, hat sich vor kurzem der «Rat für Kritik und Literaturwissenschaft des Sowjetischen Schriftstellerverbands» im Plenum zusammengefunden. Den jetzt veröffentlichten Protokollen der weitreichenden Debatten (*Vopr. Lit.*, 1977, V) ist zu entnehmen, dass die Hauptaufgabe der Sowjetkritik gegenwärtig darin besteht, den «ideellen Tonus des literarischen Lebens» aktiv zu stimulieren und sich kämpferisch für das «weltanschauliche Wachstum (sic) der Literatur» einzusetzen: «Die Kritik ist ein organischer Bestandteil der grossen sozialistischen Sowjetkultur, vor welcher gewaltige gesellschaftspolitische und erzieherische Aufgaben stehen und die vollumfänglich in den globalen ideologischen Kampf integriert ist.»

Zur «äussersten Mobilisierung aller

Kräfte und allen Wissens» für den Einsatz an der ideologischen Front rief am Kritikerplenum die Germanistin Jewgenija Knipowitsch ihre Kollegen auf; zwar sei im vergangenen Jahr fünf manches erreicht worden bei der «Entlarvung der (bürgerlichen) Sowjetologie, der revisionistischen ästhetischen und philosophischen Konzeptionen, der bürgerlich-reaktionären Verfälschung des heutigen Lebens der multinationalen Sowjetliteratur und ihrer Geschichte», doch viele Anstrengungen würden noch zu unternehmen sein, um den ideologischen Kampf – einen «Kampf im Namen der Menschen, der Kulturschaffenden, der Künstler» – bis zum Endsieg fortzuführen.

Grosse Bedeutung innerhalb der ideologischen Kampftätigkeit kommt, wie aus einem Literaturbericht von Arkadij Eljaschewitsch (*Neva*, 1977, IV) hervorgeht, weiterhin der kritischen Auseinandersetzung mit allen Formen des bourgeoisen «Modernismus» zu. Vermehrt müssten die Klassiker des Sozialistischen Realismus – Gorkij und Stanislawskij, Scholochow und Twardowskij – als Vorbilder gewürdigt und mit den «dekadenten» Modernisten des bürgerlichen Lagers konfrontiert werden; im Gegensatz zum realistischen Künstler, dem die symbolische Form (oder auch die Abstraktion) nicht Selbstzweck sei, sondern Mittel zu «tieferer» Darstellung «bestimmter Schichten der objektiven Wirklichkeit», setze der Modernist seine gestalterischen Möglichkeiten einzig «mit dem Ziel ein, diese Wirklichkeit durch das Chaos seiner subjektiven Gefühle zu negieren»: «Obzwar die Modernisten die Zerstörung der Gesellschaft anstrebten (sic), zerstörten sie lediglich die künstlerische Form. Ihr Protest war untrennbar ver-

bunden mit ihrem Rückzug auf das eigene «Ich», ihre Rebellion – nichts als Dekadenz. Zu ihrem Ideal wurde der Künstler, der bloss beim Träumen tätig ist – ein fruchtloser Revolutionär.» Als «fruchtlose Revolutionäre», gleichzeitig aber – man wundert sich – als reale «Gefahr» haben, laut Eljaschewitschs Bericht, auch jene modernistischen Vertreter der strukturalen Methode zu gelten, unter deren analytischem Zugriff die Kunst auf rein formale und quantitative Werte («auf die trockene Ziffer») reduziert und somit ihres «humanistischen – das heisst ihres ideologischen und menschlichen – Gehalts» beraubt werde.

Nicht «irgendein kybernetisch programmierter Produzent künstlerischer Waren» sei der Schriftsteller, vielmehr – so meint in einem Essay über «Die Bewegung der zeitgenössischen Kritik» auch W. A. Kowaljow – ein lebender Zeuge seiner Zeit, der in literarischen Werken «sein verborgenes menschliches Wesen, seine Gedanken und Gefühle» Form werden lasse. Um so mehr sei die professionelle Kritik dazu berufen, den «allgemeinmenschlichen Werten» und dem «sittlichen Potential der Literatur» zum Durchbruch zu verhelfen. Auch die Literaturwissenschaft müsse, schreibt Kowaljow, «ihren kämpferisch-aktiven Charakter im Kampf mit der sozialen Reaktion und der kleinbürgerlich-individualistischen Ideologie verstärken»: «Doch den Grund unserer Wissenschaft bilden unveränderlich das Leninsche Prinzip der Parteilichkeit, die Leninsche Widerspiegelungstheorie und die Leninsche dialektische Methode.» Diese Sätze finden sich in einem neueren Sammelband der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften (*Probl. russk. sovetsk. lite-*

ratury, Leningrad 1976): ihre Herkunft verleiht ihnen den Stellenwert eines offiziös beglaubigten Ordnungsrufs.

In diesem Sinn ist auch eine programmatische Abhandlung A. G. Jegorows über «Das Leninsche Prinzip der Parteilichkeit» zu verstehen, die den jüngsten Band des ebenfalls von der Akademie herausgegebenen literaturwissenschaftlichen Jahrbuchs *Kontext* (Moskau 1977) eröffnet. Auf knapp dreissig Druckseiten führt der Verfasser in sinnreicher Ausgewogenheit nicht weniger als sechs Breschnew- und sieben Lenin-Zitate (dazu diverse Parteierlasse) an, um die Notwendigkeit einer rigorosen ideologischen Auf- und Umrüstung der sowjetischen Literaturwissenschaft darzutun, wie sie sich aus Breschnews Diktum ergebe, wonach es «im Kampf der beiden Weltanschauungen keinen Raum für Neutralismus und Kompromisse» geben dürfe. Als Desiderat wird festgehalten, es müssten «so wesentliche Fragen wie die ästhetische Gestaltung der Parteilichkeit; die Parteilichkeit und das gesellschaftlich-ästhetische Ideal; die Parteilichkeit und das künstlerische Erkennen; Parteilichkeit und Individualität des Künstlers usw.» in grossangelegten Forschungsprojekten untersucht und geklärt werden. Dabei habe das kritische Augenmerk der sowjetischen Literaturwissenschaft stets auch den «bourgeois Konzeptionen der Kunst sowie der bourgeois Kunstpraxis selbst» zu gelten. Jegorow wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass namentlich der «bourgeoise Modernismus» an vorderster ideologischer Front bekämpft werden müsse – jene «extrem reaktionäre künstlerische Ideologie und Kunstrichtung, welche den Zerfall des bürgerlichen Bewusstseins und die Krise der

bürgerlichen künstlerischen Kultur zum Ausdruck bringt»: noch nie sei es so offensichtlich gewesen wie in der heutigen Zeit, «dass sich Dekadenz und dekadente Kunst mit Revoluzzertum und anarchistischem Gehabe verbinden und gegen sämtliche progressiven (sic) Traditionen in der Kunst ins Feld ziehen können». – Man ist erstaunt, mit welcher anmassender Selbstverständlichkeit sich da ein sowjetischer Literaturfunktionär, der auch als Wissenschaftler ernstgenommen sein will, zum Kunst- und Sittenrichter der bürgerlichen Welt aufschwingt; man ist befremdet von der Sorglosigkeit, mit der hier gängige Begriffe in ihr Gegenteil verkehrt und resolut *antibourgeoise* Tendenzen, wie sie sich im künstlerischen (und gesellschaftlich-politischen) Leben Westeuropas oder der USA durchgesetzt haben, als *bürgerliche* Herausforderung an den «entwickelten Sozialismus», ja als Bedrohung des Sozialismus schlechthin deklariert werden; und man fragt sich schliesslich, weshalb gegen eine heillos «verrottete» und «verfallende» Bourgeoisie überhaupt noch – aus den ohnehin überlegenen und grundsätzlich progressiven Positionen des «entwickelten Sozialismus» – so schweres polemisches Geschütz aufgeföhren werden muss ...

Die offizielle Anerkennung der Literatur des Sozialistischen Realismus als eines zentralen Faktors bei der «Befriedigung der ästhetischen Geföhle und Bedürfnisse der Massen» hat dazu geführt, dass ein entsprechendes Literaturverständnis konsequent auch an sowjetischen Schulen und Hochschulen vermittelt wird. Als neustes Beispiel dafür sei die unlängst erschienene *Einföhhrung in die Literaturwissenschaft* (Moskau 1976) von G. N. Pospelow genannt, die «für Studenten philologi-

scher Fachrichtungen an Universitäten und pädagogischen Instituten» bestimmt ist. Schon auf den ersten paar Seiten wird dem Leser klargemacht, was es mit «bürgerlichen Methodologien» – etwa mit der Komparatistik, dem Formalismus oder Strukturalismus – auf sich habe und dass als «einzige Methode», welche «den Literaturforschern das Verständnis der Gesetzmässigkeiten der geschichtlichen Entwicklung der schönen Literatur der verschiedenen Völker der Welt» ermögliche, das kritische Verfahren des Sozialistischen Realismus zu betrachten sei: «Eine Literaturkritik, welche die Ideen progressiver gesellschaftlicher Strömungen ausdrückt, hält stets den *ideellen Gehalt* der Werke für deren wichtigsten Aspekt, schenkt ihm am meisten Aufmerksamkeit und untersucht nur gerade im Zusammenhang mit ihm die Besonderheiten der künstlerischen Form ... Der Literaturforscher darf seine Untersuchungen keinesfalls *«sine ira et studio»* durchführen. Er ist stets auch Teilnehmer am gesellschaftlichen Leben seines Landes und seiner Zeit.» – Bei Jegorow findet solches Literaturverständnis adäquaten «wissenschaftlichen» Ausdruck: «Die Kunst muss in ihrer Entwicklung als Widerspiegelung

der objektiven Welt und als spezifisches Produkt sozialer Verhältnisse sowie wesentlicher gesellschaftlicher Bedürfnisse in ihrer historischen Dynamik verstanden werden ... Je progressiver die gesellschaftliche Position eines Künstlers ist, desto objektiv getreuer kommt in seinem Schaffen die reale Wirklichkeit zum Ausdruck. Kommunistische Parteilichkeit – das ist die Seele künstlerischen Wirkens, die Seele der Kunst des Sozialistischen Realismus ...»

Man möchte diesen formelhaft ausufernden Phrasen, die, durch andauernde Wiederholung automatisiert und abgenutzt, keinen Sinn mehr zu transportieren vermögen und nur noch sich selber – monotones Wortgeklingel – bedeuten, einen markanten, anscheinend in Vergessenheit geratenen Satz Lenins entgegenhalten: «Der Marxist muss das lebendige Leben und die exakten Fakten der *Wirklichkeit* im Auge behalten, und nicht beständig an einer gestrigen Theorie festhalten, die, wie jede Theorie, das Grundlegende und Allgemeine auch im besten Fall nur gerade umreisst und sich der Erfassung der Komplexität des Lebens nur eben *annähern* kann.»

Felix Philipp Ingold

MASSSTAB DER PFLANZEN

Betrachtungen eines Nicht-Botanikers anlässlich der Eröffnung des neuen Botanischen Gartens in Zürich

«Medium te mundi posui» – der Spruch, den der Humanist Pico von Mirandula dem Schöpfer des Menschen in den Mund legt, gilt ganz besonders für dessen Verhältnis zur Pflanzenwelt.

Es gibt Bäumchen von kindlicher Schüchternheit bis zum gewaltigen Baumriesen, aber auch dessen Teile bleiben an Grösse Menschengliedern vergleichbar: ein Ast ist armdick, ein

Ästchen fingerdick, ein Stamm kann noch – oder nicht mehr – mit den Armen umspannt und damit zum Menschenkörper im Ganzen in Beziehung gesetzt werden.

Für die Vögel gehören Bäume und Häuser zur gleichen Grössenordnung: kleine Häuser werden von Bäumen überragt, städtische Hochhäuser überragen alle Bäume, diese füllen die Zwischenräume zwischen den Häusern und können wie diese mächtige Volumina und landschaftliche Räume bilden. Die Baumkronen sind noch vom Boden erreichbar, sie stehen – vermittelt durch Sträucher – noch mit diesen in Verbindung und reizen die Buben zum Klettern in ihren Ästen: man denke sich die Bäume doppelt so hoch – und die schon jetzt angespannte Beziehung zum Menschen würde zerreißen – es würde sich nicht mehr viel ändern, wenn sie dann gleich drei- oder viermal so hoch wären.

Die Blätter der meisten Bäume sind viel kleiner als eine menschliche Hand – selten grösser; die riesigen Blätter der Bananen und ähnlicher, nicht-baumgrosser Gewächse sind eher Gliedmassen als Blätter – sie haben etwas Undifferenziertes und heissen eigentlich nur verlegenheitshalber «Blätter». Diese Geschöpfe zeigen, dass die Pflanzenwelt den Menschen sehr wohl hätte zur Maus, zum Käfer degradieren können. Aus der Perspektive des Käfers wird die Wiese zum Wald, in dem Maikäfer – gar Hirschkäfer – als Bären schweifen.

Auf der anderen Seite hätten auch alle Blütenpflanzen im Massstab der Moose bleiben können: manche Polsterpflänzchen haben millimeterkleine Blüten, und auch aus solchen liessen sich reiche Blüten-Rispen und -Trau-

ben bilden: zum Beispiel Spireen, Flieder und viele andere Sträucher. Nur ausnahmsweise werden Blütenstauden übermannshoch, etwa Sonnenblumen – ihre Blütensonne erreicht die Grösse eines Menschengesichtes.

Beeren wollen in der hohlen Hand gesammelt sein, Früchte sind handlich oder unmittelbar mundgerecht – mit Ausnahmen wie Melonen, Kürbisse, Kokosnüsse – deren Grösse ja auch die Regel sein könnte. Und dann wahrte sich diese freundliche Pflanzenwelt doch wieder – fast unwirsch – ihre Eigenständigkeit: Früchte, Blätter, Pilze können giftig sein, oder ungeniessbar wie Steine. Wenn alle giftig wären? Die Menschheit wäre auf Fleisch, Milch, Eier angewiesen. Die essbaren Früchte sind ein gar nicht selbstverständliches Geschenk von seiten der gleichen Instanz, die dem Menschen die Blumen als «schön» erscheinen lässt.

Auch darin zeigt sich die wirkliche oder scheinbare Menschenbezogenheit der Blumen, dass sich die meisten wenigstens in unseren Zonen von Hand pflücken lassen, ohne dass damit zugleich die Wurzeln ausgerissen würden. Andere, wie zum Beispiel Schwertlilien, müssen abgeschnitten werden. Wollen die Blumen gepflückt werden? Sie könnten ja auch drahtartig zähe Stiele haben, die in die Hand einschneiden.

Von woher und mit welchen Mitteln wird eigentlich die Symmetrie des Blütenbaues gesteuert? Jedes Kind, das «eine Blume» zeichnet, zeichnet eine Rosette oder einen regelmässigen Stern. Wieso gibt es neben diesem sozusagen Normalfall so komplizierte, symmetrisch zu einer senkrechten Mittelaxe gebaute Blüten – Lippenblüten, Orchideen, zweistöckige Kaktusblüten, dar-

unter ganz unwahrscheinlich komplizierte – und dies auf den aller- verschiedensten Entwicklungslinien? Durch die Symmetrie nach einer Mittelaxe stehen diese Blüten den ebenfalls bilateral-symmetrisch gebauten Tieren – vom Insekt bis zum Menschen – um einen grossen und rätselhaften Schritt näher. Unter den Lilien-Verwandten gibt es «normal» – zentral-symmetrische – Madonnenlilien, Taglilien, die vielen Türkenbund-artigen, und dann wieder die bilateral-symmetrischen Gladiolen, bei denen die Sonderstellung des vertikalen Blütenblattes oft kaum merklich durch eine Verschiedenheit der Zeichnung angedeutet, oft auf den ersten Blick ersichtlich ist.

Mit Ausnahme der Kaktusse sind fast alle Pflanzen nach einer dem betrachtenden Verstand zugänglichen Syntax ihrer Teile gebaut – es ist vorauszusehen, wo ungefähr sich die Blüten und Verzweigungen einstellen werden. Nicht so bei den Blattkaktussen: da stehen die Knospen und neuen Triebe an ganz «unorganischen», scheinbar zufälligen Stellen – auch die Blüten der Kugelkaktusse. Die organische Ordnung einzusehen, ist charakteristisch für die ganze antike Pflanzenornamentik und beweist ihre intellektuelle Helligkeit – für die Akanthusblätter, die Wellenranken usw. – nur barbarische Nachahmer wie zum Beispiel die Langobarden haben den Bau einer Ranke gelegentlich missverstanden.

Es gibt aristokratische Blüten – die Entfaltung einer *Victoria Regia* ist ein festliches, fast sakrales Ereignis. Dagegen blühen Obstbäume überreich, ohne dass eine einzige der hunderttausend Blüten etwas zur Fortpflanzung beitragen würde – ein vernichtendes Argu-

ment gegen die oft behauptete «Zweckmässigkeit» in der Natur.

Man könnte sich eine bösartig-aggressive Pflanzenwelt vorstellen, die der Mensch beständig zu bekämpfen hätte, und so scheint es in den Tropen auch tatsächlich zu sein – bei uns deutet nur beharrliches Unkraut diese Möglichkeit an. Unsere subtileren Gewächse sind ganz auf den Menschen abgestimmt, sie wollen gepflanzt und gepflegt sein, man muss sich mit ihnen abgeben, auf ihre Eigenart eingehen, sie in sein Bewusstsein, seine Berechnung, seine Liebe aufnehmen. Niemand weiss, ob sie das nicht auf eine uns unvorstellbare Art wahrnehmen, ausser dass sie es durch ihr Gedeihen danken.

Über die Pflanzen stellt sich der Kontakt mit der Welt der Insekten her – vom Ungeziefer abgesehen. Kleine Mücken haben die Grössenordnung der Stempel und Staubgefässe, Blattläuse und die kleinen Räumchen, die die Löcher in Rosenblätter fressen, haben genau das Grün dieser Blätter. Einheimische und fremde Orchideen gleichen an Grösse, Farbe und Zeichnung verblüffend Fliegen und Hummeln. Schmetterlinge sind Blüten, die ihre Standortgebundenheit aufgegeben haben, sich aber in der Grösse der Blüten halten.

Auch die Beziehung der Pflanzen zum Mineralreich geht darüber hinaus, dass die einen zu ihrem Gedeihen Granit, die andern Kalkgestein nötig haben. Gewisse Sukkulente ahmen nach Grösse, Form und Farbe die kleinen Steinchen ihrer Umgebung nach. Welche Instanz sieht beides zusammen? Wo liegt der Koinzidenzpunkt? – Es ist dies einer der skurrilen Punkte, an denen es schwer ist, einem persönlichen Schöpfer auszuweichen, einem Gott, der es

liebt, dem von ihm selbst eingerichteten Menschenverstand, der ohne ihn auszukommen glaubt, ein Bein zu stellen, über das er auf die Nase purzelt. Wie ist das mit der pflanzlichen und tierischen Mimikry? mit dem Chamaeleon?

Die Saurier sind ausgestorben, das Mammut und viele andere Tierarten – wären gerade das Chamäleon, die Stabheuschrecke und die übrigen Mimikry-Tiere und Pflanzen so ausnehmend wertvoll gewesen, dass gerade ihnen zuliebe der liebe Gott so ungewöhn-

liche Erhaltungsmassnahmen getroffen hätte?

Wieso die gleiche, extrem «unwahrscheinliche» Erscheinung sowohl im Tier- wie im Pflanzenreich? Wie übrigens auch die in die allertiefsten Entwicklungsstufen hinabreichende Aufspaltung in zwei Geschlechter? Hier zeigt sich eine Einheit der Natur-Reiche, die man zu oft vergisst.

Peter Meyer

ANPASSUNG ODER VERBOT

Zur Ausstellung «Deutschland 1930–1939» im Zürcher Kunsthaus

Am Eingang der Ausstellung sieht sich der Besucher zwei Triptychen gegenüber. Die beiden Gemälde – «Die Elemente» von Adolf Ziegler und Max Beckmanns «Abfahrt» – markieren die extremen Positionen «deutscher» Kunst innerhalb desselben Jahrzehnts. Dort die offizielle, von Staat und NSDAP geförderte und geforderte Kunst: vier in seichtem Naturalismus gemalte, affektiert posierende Frauenakte, seinerzeit für den Platz über dem Kamin des Münchner Führerhauses bestimmt, geschaffen vom Akademieprofessor und Präsidenten der Reichskammer der Bildenden Künste, der im Auftrage von Goebbels die deutschen Museen von «entarteter» Kunst gesäubert hat. Hier ein Beispiel jener «Kulturzersetzung», jener «missgestalteten Krüppel und Kretins» in den «primitiven internationalen Kritzeleien» eines «Kunststeinzeitlers und Kunststotterers» (Zitate aus Hitlerreden): Max Beckmann,

1933 als Lehrer am Städelschen Kunstinstitut in Frankfurt entlassen, stellt auf den Flügeln seines Triptychons eine dunkle und enge Welt von Folter und Mord dar, von der sich im Mittelteil ein gekrönter Mann abwendet, um zu Schiff aufs blaue Meer hinauszufahren – Vorwegnahme und Vision von Emigration und Exil.

Entsprechend diesen Leitwerken ist die Ausstellung sehr deutlich in zwei Abteilungen getrennt. Auf der einen Seite die Entarteten, Entlassenen, aus der Akademie Ausgeschlossenen, die mit Ausstellungs- und Malverbot Belegten, die ins Exil oder in die sogenannte innere Emigration Getriebenen, viele aus der Kunstgeschichte wohlbekannte Namen; auf der andern Seite die vom Regime, vom Führer, der einmal hatte Maler werden wollen, Anerkannten oder doch Geduldeten. Welcher Kontrast!

Die in den dreissiger Jahren bereits

gealterten Expressionisten, die Bauhausleute, die Dadaisten und Konstruktivisten, die Vertreter freier Abstraktion wie Baumeister und Hartung – sie alle sind entweder ins Ausland geflohen, oder sie haben unter Gefahr und heimlich gearbeitet. Die Ausstellung ist so konzipiert, dass die Entstehungsbedingungen von Kunst im Vordergrund stehen, obwohl der Besucher wie nebenbei ein mit erlesenen Werken bestücktes Kapitel aus der Kunstentwicklung des 20. Jahrhunderts vorgesetzt bekommt. Die zahlreichen Texte, welche Bilder und Plastiken begleiten, erlauben eine etwa bloss ästhetische Betrachtung nicht. Die späten Aquarelle Noldes, seine «ungemalten Bilder», wirken anders, wenn wir wissen, dass er sich dieser Technik bediente, weil der Geruch der Ölfarbe die Übertretung des Malverbotes verraten hätte. Hinter Kunstwerken, die wir nur zu leicht als «zeitlos» auffassen, wird auf oft beklemmende Weise das Schicksal dieser Menschen spürbar – dann etwa, wenn wir die je verschiedenen Antworten lesen auf die Aufforderung der Preussischen Akademie der Bildenden Künste, selbst den Austritt zu erklären: die lakonische Bestätigung von Otto Dix, die Versicherung Kirchners, er sei «weder Jude noch Sozialdemokrat noch sonst politisch tätig gewesen und habe auch sonst ein reines Gewissen», oder der vornehme Stolz des fast neunzigjährigen Christian Rohlf: «Gefällt Ihnen mein Werk nicht, so steht es Ihnen frei, mich aus der Mitgliederliste der Akademie zu streichen; ich werde aber nichts tun, was als Geständnis eigener Unwürdigkeit gedeutet werden könnte.»

Was damals gefiel und also offiziell allein zugelassen war, das war das Abbild einer heilen oder heroischen Wirk-

lichkeit mit den stilistischen Mitteln des 19. Jahrhunderts. Nun sollte man sich hüten, allen Traditionalismus bereits als faschistisch zu bezeichnen (ebenso falsch wäre es ja, alle damals Verfeimten nur deswegen schon für bedeutende Künstler zu halten). Gerechterweise muss gesagt werden, dass etwa ein in durchaus bemerkenswerter Caspar-David-Friedrich-Nachfolge stehender Franz Lenk aus Protest gegen die Kulturpolitik der Nazis von seinem Lehramt zurücktrat und sich weigerte, an den Ausstellungen im Münchner Haus der Deutschen Kunst teilzunehmen. Insofern wird eine differenziertere Betrachtungsweise über die simple Zweiteilung hinausgehen.

Verheerend wird die Sache dort, wo ödes Mittelmaß, Verlogenheit, leeres Pathos und die als Heldentum verherrlichte Brutalität Triumphe feiert und einem ganzen Volk jahrelang mit allen Mitteln raffinierter Propaganda als das Wahre und der germanischen Rasse Entsprechende vorgeführt wird: wo ein kerniger Jüngling in kurzen Hosen und mit zurückgekrempeelten Hemdsärmeln vor drei akademisch-unsinnlichen Frauenakten in deutscher Landschaft sein Paris-Urteil abwägt; wo eine zum herrischen Muskelprotz pervertierte Imitation des Davids von Michelangelo das Schwert aus der Scheide ziehend zur Allegorie der Bereitschaft wird; wo dichtgeschlossene Reihen der SA ihre Augen in ideale Ferne richten. Da steht die Kunst im Dienste einer alles Individuelle rücksichtslos einebnenden Staatsmaschinerie, wird sie zur Verherrlichung des vergangenen und des geplanten Krieges – als monumentaler Kitsch sich rationalem Begreifen entziehend und zugleich völlig problemlos aufnehmbar.

«Nur das ist wahre Kunst, was der einfache Mann des Volkes begreift und verstehen kann. Bedarf es erst einer Erklärung, um etwas schön zu empfinden, dann hat dieses Kunstwerk seinen Zweck verfehlt, denn es muss durch sich selbst wirken, und es muss nicht von einzelnen wenigen, sondern vom Volk verstanden werden.» So Göring 1938. Es ist zu fürchten, dass diese Aussage auch heute noch mehr als genug Anhänger hat. Gewiss: man kann den Satz nicht einfach umdrehen; Schwerverständlichkeit ist nicht als solche schon Garantie für hohe Kunst, und das Traditionelle und bereits Anerkannte hat seine vermittelnde Funktion. Aber Görings Satz verabsolutiert das Verharren im Hergebrachten und Epigonalen, lehnt jede Innovation (und das Neue ist ja jeweils auch das Noch-nicht-Verstandene) grundsätzlich ab und richtet sich damit gegen das Schöpferische überhaupt. Das notwendig elitäre Moment der Kunst stand und steht häufig im Widerspruch zum sogenannten «gesunden Menschenverstand» einer Mehrheit, die das Unge wohnte und daher Missliebige – auch heute noch und auch bei uns! – verhindert, verbietet, verschmiert oder zerstört.

Der Ausspruch Görings als ein Beispiel damaliger Verlautbarungen ist besonders verhängnisvoll deswegen, weil er sozusagen ex cathedra gesprochen ist, weil dahinter die Macht stand, solches Denken in staatliche Eingriffe umzusetzen. Man berief sich auf Entschiede des Volkes, und diese «Diktatur des Publikumsgeschmacks» (Felix A. Baumann im Begleittext zur Ausstellung) gab dem Mittelmässigen die Beamtenmacht, das Herausragende abzuwürgen.

Die Bilder des ausgesprochen nationalsozialistischen Realismus erscheinen in der Ausstellung zum Teil nur in Reproduktion, da die Originale verschollen sind oder – womit man auch zu rechnen hat – schamhaft verborgen werden. Man hat sich – in Deutschland vor allem, wo die Ausstellung schon in München und Essen gezeigt worden ist – gefragt, ob da nicht einer sich ja tatsächlich abzeichnenden Hitler-Nostalgie Vorschub geleistet werde, ob man dieser «Kunst» die Museen öffnen dürfe, ob man sie zum Gegenstand emotionsloser, auch wissenschaftlicher Betrachtung machen dürfe (denn diese künstlerischen Entgleisungen sind neben den Greueln der Konzentrationslager und des Krieges in der Tat vergleichsweise harmlos). Nun wird aber, besonders in der Zürcher Fassung der Ausstellung, wie gesagt recht klar, dass da nicht die Kunst «an sich» gewürdigt werden soll (mittelmässige Kunst gab es damals ja auch ausserhalb Deutschlands). Bedenkenswert aber bleibt das Phänomen des staatlichen Missbrauchs der Kunst, und es lohnt sich, dies zu illustrieren. Der Ungeist der dreissiger Jahre hat sich nach 1945 ja nicht einfach verflüchtigt, und er ist auch nicht auf die Grenzen Deutschlands beschränkt. Jedes totalitäre System wird auch die Kunst in seine Ideologie zu zwingen suchen und den Künstler, der sich nicht anpasst, einsperren oder ausbürgern. (Die quasi offizielle Kunst der DDR-Vertreter an der diesjährigen Kasseler Documenta ist mit ihrem problemlosen sozialistischen Realismus und dem stark epigonalen Zug auch in diesem Lichte zu sehen.) Der dokumentarische Charakter der Ausstellung wird betont, Texte und eine Dia-Schau vermitteln den historischen Hinter-

grund, die politischen Zusammenhänge. Vitrinen mit Karikaturen und Tarnliteratur, Hinweise auf die angewandte Kunst der dreissiger Jahre (VW-Design, Porzellan, Goldschmiedearbeiten, Plakate) und einige Architekturbeispiele auf Photographien unterstreichen diese Tendenz, ohne indes mehr als Anhängselcharakter zu gewinnen. Das

umfassende Bild einer Epoche, wie es vor einigen Jahren das Kunstgewerbemuseum Zürich für die zwanziger Jahre gegeben hat, ist nicht zustande gekommen; aber es bleibt da noch Information und Diskussionsstoff genug.

Uli Däster

Sprüngli

Sprüngli-Pralinés
in den hübschen
Geschenkpackungen

Confiserie am Paradeplatz, Zürich
Stadelhoferplatz - Shop-Ville
Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt